



## Erklärung zu Ermittlungsverfahren

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_ Geb.-Datum \_\_\_\_\_

Sie sind gegenüber der Einstellungsstelle der Polizei Hamburg verpflichtet, alle gegen Sie gerichteten polizeilichen, staatsanwaltschaftlichen oder gerichtlichen Verfahren anzugeben. Hierbei ist es unerheblich, ob diese Verfahren abgeschlossen, gänzlich eingestellt oder nur eingestellt wurden, weil Sie eine Geldbuße gezahlt oder eine andere Leistung, z. B. gemeinnützige Arbeit, erbracht haben. Auch laufende Verfahren sind anzugeben.

**Hinweis:** Sollte eine Eintragung über eine Verurteilung im Bundeszentralregister getilgt worden sein, so sind Sie abweichend von § 51 Absatz 1 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) aufgefordert, die frühere Tat und die Verurteilung mitzuteilen, damit eine Überprüfung der Ausnahme des Verwertungsverbotes (§ 52 Absatz 1 Nummer 4 BZRG) vorgenommen werden kann.

Sie sind im Bewerbungsverfahren zur Mitwirkung verpflichtet. Falsche oder unvollständige Angaben können zur Ablehnung Ihrer Bewerbung führen. Beantworten Sie die nachfolgenden Fragen wahrheitsgemäß.

**1. Hat die Polizei oder die Staatsanwaltschaft zu irgendeinem Zeitpunkt strafrechtlich gegen Sie ermittelt oder waren Sie Beschuldigter oder Angeklagter in einem Strafverfahren? Wie sind die Verfahren abgeschlossen worden (Einstellung, Freispruch oder Verurteilung)?**

JA       NEIN

Wenn „JA“: Aktenzeichen und Anschrift der Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Tatzeit, Tatvorwurf und Verfahrensausgang (Einstellung, Freispruch, Verurteilung) angeben und Unterlagen beifügen!

---

---

---

---

**2. Sind gegen Sie darüber hinaus strafprozessuale Maßnahmen (Identitätsfeststellung, Festnahme, Durchsuchung, Vernehmung etc.) gerichtet gewesen?**

JA       NEIN

Wenn „JA“: Angaben zu der Maßnahme/den Maßnahmen machen!

---

---

---

---

**3. Wurde gegen Sie zu irgendeinem Zeitpunkt ein Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit dem Führen von Fahrzeugen unter dem Einfluss von berauschenden Mitteln (Alkohol und/oder Betäubungsmitteln) geführt? Auch eingestellte Verfahren sind mit dem Grund der Einstellung anzugeben!**

JA       NEIN

Wenn „JA“: Aktenzeichen und Anschrift der Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Bußgeldstelle, Tatzeit, Tatvorwurf und Verfahrensausgang angeben und Unterlagen beifügen!

---

---

---

---

**4. Zustimmung zur Einsichtnahme in Ermittlungs-/Ordnungswidrigkeitenverfahren – Durchführung OSINT**

Ich willige ein, dass Auskünfte über mich bei Polizeidienststellen eingeholt werden und Erkenntnisse aus Karteien, Aktensammlungen oder automatisierten Dateien genutzt werden, damit eventuell über mich vorhandene polizeiliche Erkenntnisse, die Zweifel an meiner Eignung für den Polizeivollzugsdienst begründen, ausgewertet werden können. Sofern Erkenntnisse über Ermittlungsverfahren bekannt werden, bin ich damit einverstanden, dass eine Einsichtnahme in das zentrale staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister stattfindet. Mit der Einsichtnahme in eventuell vorhandene polizeiliche, staatsanwaltschaftliche oder gerichtliche Akten sowie Akten aus Ordnungswidrigkeitenverfahren bin ich aus dem o.a. Grund ebenso einverstanden. Weiterhin willige ich ein, dass zur Feststellung meiner persönlichen Eignung in Bezug auf die Tätigkeit bei der Polizei Hamburg im erforderlichen Maße Einsicht in öffentlich zugängliche Internetseiten sowie in öffentlich zugängliche Seiten sozialer Netzwerke genommen wird.

Ort, Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Eine nicht erteilte Einwilligungserklärung führt zum Ausschluss aus dem Einstellungs- und Auswahlverfahren.

**Sie sind verpflichtet, neue polizeiliche, staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Verfahren, die gegen Sie geführt werden und Ihnen während des Bewerbungsverfahrens bekannt werden, umgehend mitzuteilen.**

**Soweit der/die Bewerber/-in das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat:**

**Bewerberin/Bewerber:**

Ich \_\_\_\_\_ (Vorname, Name) erkläre hiermit, dass ich meine Eltern/gesetzlichen Vertreter nach gegen mich gerichteten Ermittlungsverfahren inklusive Vorladungen und Einstellungsbescheiden befragt habe.

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Eltern/gesetzliche Vertreter (Unterschrift beider Elternteile/gesetzlicher Vertreter erforderlich):** Ich erkläre hiermit, dass ich meiner Tochter/ meinem Sohn/ meinem Mündel alle gegen sie/ihn/es gerichteten Ermittlungsverfahren mitgeteilt habe. Dies umfasst auch die Mitteilung von Vorladungen oder Einstellungsschreiben an meine Tochter/ meinen Sohn/ mein Mündel.

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_  
(Mutter/ 1. gesetzliche Vertretung)

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_  
(Vater/ 2. gesetzliche Vertretung)